

## Sozialstaat ade **Reichtum braucht Armut**

25.09.2008 – Wir leben in einem der reichsten Länder dieser Erde. Aber der Reichtum ist bekanntlich in wachsendem Maße ungerecht verteilt. Konkret: Die Gewinne und Vermögenseinkommen sind in den Jahren 2000 bis 2006 um real 32 Prozent gestiegen. Die Reallöhne der Niedrigverdiener sind dagegen durchschnittlich um 13 Prozent gesunken. Schon 22 Prozent der abhängig Beschäftigten müssen im Niedriglohnbereich arbeiten. Nirgendwo in Europa sind es mehr. In der BRD sind die durchschnittlichen Stundenlöhne von 7,23 Euro im Jahr 2000 auf 6,84 Euro im Jahr 2006 gesunken.

Trotz sinkender Löhne und Gehälter muss aber häufig länger gearbeitet werden. Im vergangenen Jahr lag die tatsächliche Wochenarbeitszeit bei 41,1 Stunden; das sind 3,3 Stunden mehr als 2003. Im europäischen Vergleich belegt Deutschland damit einen Spitzenplatz. Die Arbeitnehmer in Deutschland arbeiten laut der Studie deutlich mehr als in den Tarifverträgen vereinbart ist. Die in den Tarifverträgen festgelegte Wochenarbeitszeit liegt demnach in Deutschland durchschnittlich bei nur 37,6 Stunden. Viele Beschäftigte müssen allerdings Überstunden leisten, oftmals ohne Bezahlung. Und immer weniger Unternehmen unterliegen einer Tarifbindung.

### **Armut und Gewinne wachsen**

Politiker erzählen gern, dass die Zahl der Arbeitsplätze als Folge der Agenda 2010 in Deutschland stark gestiegen sei. Tatsächlich lag die Zunahme in den Jahren 2007 und 2008 aber nur im europäischen Durchschnitt. In Belgien, Großbritannien, Finnland und Schweden wuchs der Arbeitsmarkt stärker als in Deutschland, noch stärker in einigen osteuropäischen Ländern. Die Lohnstückkosten sind bei uns im Vergleich zum gesamten Euro-Raum seit 1999 um 14 Prozentpunkte gesunken.

Dagegen sind die Gewinne der Konzerne im vergangenen Jahr durchschnittlich um 18 Prozent gestiegen. Die Managergehälter in den DAX-Unternehmen wurden ebenfalls deutlich stärker erhöht als die Einkommen ihrer Beschäftigten. Um durchschnittlich 7,75 Prozent auf 2,92 Millionen Euro stiegen Managerbezüge. Mit ihrem durchschnittlichen Einkommen liegen die Gehälter der DAX-Vorstände inzwischen auch international an der Spitze. Die realen Löhne schrumpften im vergangenen Jahr um 1,1 Prozent – trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Beschäftigten bekamen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt niedrigere Lohnerhöhungen, als in den Tarifverträgen vereinbart wurde. Wesentliche Gründe dafür liegen in der Tariffucht vieler Unternehmen und in den Möglichkeiten, auf betrieblicher Ebene von tarifvertraglichen Standards nach unten abzuweichen.

Es ist skandalös, dass immer mehr Beschäftigte von ihrer Arbeit nicht leben und keinerlei Perspektiven aufbauen können. 8,3 Millionen Menschen in Deutschland – das sind 10,1 Prozent der Bevölkerung – waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes Ende 2006 auf existenzsichernde Hilfen durch den Staat angewiesen. Zu den hierbei erfassten Leistungen der sozialen Mindestsicherung gehören Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, laufende Hilfen zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Zuwendungen für Asylbewerber und Kriegsoffer. Die Mindestsicherungsquote wurde nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erstmals berechnet. Vergleichszahlen für Vorjahre gibt es nicht. Die

Zahl der betroffenen Menschen in den Jahren vor 2006 dürfte aber deutlich gestiegen sein. Allein die Zahl der Empfänger von Hartz-IV-Leistungen stieg von Anfang 2005 bis Ende 2006 um 19 Prozent auf 7,3 Millionen.

### **Weniger Normalarbeitsverhältnisse**

Massenentlassungen trotz Gewinnsteigerungen, Lohndumping und Verdrängung regulärer Beschäftigung durch Leiharbeit sowie ein ausgedehnter Niedriglohnsektor prägen die Arbeitsmarktsituation in Deutschland. Die Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten sinken seit Jahren und der Verlust ihrer tariflichen Rechte ist gravierend. Inzwischen ist über ein Viertel aller Beschäftigten (7,7 Millionen) nicht mehr in Normalarbeitsverhältnissen tätig. Die Gruppe der „atypisch“ Beschäftigten – Zeitarbeiter, Minijobber, Teilzeit- und befristet Beschäftigte – ist zwischen 1997 und 2007 um fast 2,6 Millionen auf 7,68 Millionen gestiegen. Gleichzeitig ist die Zahl der Normalarbeitsverhältnisse um 1,53 Millionen gesunken. Unter „normal“ verstehen die Statistiker eine unbefristete und sozialversicherte Vollzeitstelle. Den mit Abstand größten Anteil an den „atypisch“ Beschäftigten hatte im Jahr 2007 mit 5 Millionen die Gruppe der Teilzeitbeschäftigten, die weniger als 21 Stunden in der Woche arbeitet. Ihre Zahl ist zwischen 1997 und 2007 um 1,55 Millionen gestiegen. Gut eine Million davon waren gleichzeitig geringfügig beschäftigt. Danach folgen mit 2,8 Millionen die geringfügig Beschäftigten, die als so genannte Minijobber bis zu einer Verdienstgrenze von 400 Euro im Monat steuer- und abgabenfrei ihrer Beschäftigung nachgehen. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen 10 Jahren mit einer Steigerung von 1,46 Millionen mehr als verdoppelt. Die Zahl der befristet Beschäftigten hat seit 1997 um 840.000 Personen auf nunmehr 2,7 Millionen zugenommen. Die Gruppe der Zeitarbeitnehmer ist innerhalb des untersuchten Jahrzehnts von 180.000 auf 610.000 am schnellsten gewachsen. *(Die Ergebnisse sind wegen der Überschneidungen nicht einfach zur Summe der „atypisch“ Beschäftigten insgesamt zu addieren).*

### **Kampagne für weiteren Sozialabbau**

Der Sozialabbau, wie er vor allem durch die Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung und durch die Profitgier der Konzerne verursacht wurde, ist keineswegs beendet. Die politischen Vollstrecker der Interessen der großen Kapitalbesitzer wollen eine Debatte zum weiteren Abbau von Sozialleistungen angesichts der bevorstehenden wirtschaftlichen Flaute einleiten. So haben „Wirtschaftswissenschaftler“ der Universität Chemnitz behauptet, mit 132 Euro könnten Bedürftige im Monat auskommen, wenn sie nicht rauchen und telefonieren. Für ein Kind seien 79 Euro genug.

Thomas Straubhaar, hoch bezahlter Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsinstitutes und Botschafter der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ erklärte, dass „die Höhe der Sozialleistungen bestimmt, ab welchem Lohn ein Mensch bereit ist zu arbeiten“. Die Behauptung unterstellt, dass die Menschen lieber nicht arbeiten, wenn sie mit staatlicher finanzieller Hilfe gerade so über die Runden kommen, und dass der Arbeitsmarkt nur auf die Faulenzer wartet, die es sich in der „sozialen Hängematte“ bequem gemacht haben. Straubhaar will vor allem dem Kapital Kosten ersparen und eine Kampagne fördern, durch die Niedriglöhne weiter gesenkt und Sozialleistungen stärker gekürzt werden können. „Die Frage ist, wie lange die Leistungsträger noch bereit sein werden, solche hohen Sozialleistungen zu bezahlen“, meint der Herr Direktor.

Trotz zahlreicher Proteste gegen die Vorschläge für eine Kürzung der Sozialleistungen des Staates unterstützt der CDU-Politiker Friedrich Merz die umstrittene Hartz-IV-Studie, die einen Regelsatz von 132 Euro für ausreichend hält. Auf einer Klausurtagung der FDP rief er zu einer Offensive für die Marktwirtschaft auf. Dabei sollten Sozialleistungen weiter beschränkt werden. Die Politik müsse antworten auf den bei vielen Bürgern wachsenden Eindruck, demzufolge der Sozialismus eine positive Sache sei, die nur besser als bislang durchgeführt werden müsse. Merz erklärte: „Wir müssen für die moralische Überlegenheit unserer Wirtschaftsordnung kämpfen.“ Friedrich Merz ist Rechtsanwalt und Vorsitzender im Aufsichtsrat der AXA-Konzern AG, sowie Aufsichtsratsmitglied bei der Deutsche Börse AG, Interseroh AG, IVG Immobilien AG, DBV-Winterthur Holding AG.

Auch der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) verlangt rigorose Änderungen in der Sozialpolitik. In seinem neuen Buch „Außer Dienst – Eine Bilanz“ schreibt er: „Nur eine weit reichende Deregulierung des Arbeitsmarktes kann Abhilfe schaffen. Weitere und unvermeidlich schmerzhaft Veränderungen bleiben notwendig. Geschäftsleitungen und Betriebsräte müssen das Recht zur Vereinbarung von Arbeitszeiten und Löhnen erhalten. Die gesetzliche Allgemeinverbindlichkeit von Tarifen, die zwischen privaten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkartellen geschlossen werden, muss beseitigt werden. Die Kündigungsschutzgesetzgebung ist weiter einzuschränken. (...) Das Arbeitslosengeld II darf über mehrere Jahre nicht weiter angehoben werden, bis ein gehöriger Abstand zu den geringsten Löhnen erreicht wird, so dass ein Anreiz zur Aufnahme eines Arbeitsplatzes besteht.“

Mit den SPD-Spitzenleuten Frank-Walter Steinmeier, Franz Müntefering und Gerhard Schröder, den Autoren und Verfechtern der Agenda 2010 und der Rente mit 67, wird der Sozialabbau zur Sicherung der Renditen des Kapitals konsequent fortgesetzt. Bei der großen Mehrheit der Wahlberechtigten wird diese Politik allerdings keine Zustimmung finden - und bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich nicht manipulieren lassen, schon gar nicht. Aber das wird von der neuen Führung der SPD offensichtlich auch nicht angestrebt. Die Bemühungen konzentrieren sich vielmehr auf das konservative Lager der Besserverdienenden. Wo ist eigentlich die Linke in der SPD geblieben?

*Franz Kersjes*